

N° 1714.

ALLEMAGNE ET AUTRICHE

Convention concernant les questions
de succession. Signée à Vienne,
le 5 février 1927.

GERMANY AND AUSTRIA

Convention regarding Questions of
Succession. Signed at Vienna,
February 5, 1927.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 1714. — NACHLASSABKOMMEN¹ ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN REICHE UND DER REPUBLIK ÖSTERREICH, GEZEICHNET IN WIEN, AM 5. FEBRUAR 1927.

Texte officiel allemand communiqué par le consul général d'Allemagne à Genève. L'enregistrement de cette convention a eu lieu le 18 mai 1928.

German official text communicated by the German Consul General at Geneva. The registration of this Convention took place May 18, 1928.

Das DEUTSCHE REICH und die REPUBLIK ÖSTERREICH sind übereingekommen, zur Förderung der rechtlichen Beziehungen ihrer Staatsangehörigen und zur Vermeidung von Schwierigkeiten, die aus der Verschiedenheit des Rechts beider Staaten erwachsen können, die Nachlassangelegenheiten ihrer Staatsangehörigen durch gemeinsame Bestimmungen zu ordnen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt :

DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT :

die Herren Ausserordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister Hugo Graf LERCHENFELD-KÖFERING,
Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Carl GOES und
Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Geheimen Regierungsrat Dr. Wilhelm KIESOW,

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH :

die Herren Bundeskanzler Dr. Ignaz SEIPEL,
Ministerialrat im Bundeskanzleramt Dr. Markus LEITMAIER und
Ministerialrat im Bundeskanzleramt Dr. Edmund KRAUTMANN,

die ihre Vollmachten vorgelegt, in guter und gehöriger Form befunden und folgendes vereinbart haben :

ERSTER ABSCHNITT.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN.

§ I

Gleichbehandlung der Angehörigen beider Staaten.

(1) Die Angehörigen des einen Staates werden hinsichtlich des Erwerbes von Todes wegen in dem andern Staate in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Beziehung wie die Inländer behandelt ; dies gilt insbesondere auch für die Abgaben von Todes wegen. Die Angehörigen des

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 23 août 1927.

¹ The exchange of ratifications took place at Berlin, August 23, 1927.

einen Staates, die in dem andern Staate erbrechtliche Ansprüche erheben, müssen nach dem Heimatrechte des Erblassers und nach ihrem eigenen Heimatrecht erbfähig sein.

(2) Die in einem der beiden Staaten geltenden Vorschriften, wonach juristische Personen zum Erwerbe von Todes wegen einer staatlichen Genehmigung bedürfen, bleiben unberührt.

§ 2

Vertretungsbefugnis der Konsularbehörde.

In allen Nachlasssachen, die im Gebiet eines der beiden Staaten abgehandelt werden, ist die Konsularbehörde kraft Gesetzes befugt, ihre Staatsangehörigen vor der Ortsbehörde zu vertreten, sofern sie abwesend sind und keinen andern Bevollmächtigten ernannt haben.

ZWEITER ABSCHNITT.

ERBfolge UND VERFÜGUNGEN VON TODES WEGEN.

§ 3

Beerbung nach Heimatrecht.

(1) Die Angehörigen des einen Staates werden in Ansehung des in dem andern Staat befindlichen beweglichen und unbeweglichen Vermögens nach dem Rechte des Staates beerbt, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat ; dies gilt auch hinsichtlich der Haftung des Erben für die Nachlassverbindlichkeiten.

(2) Bei Gegenständen, die nach dem Rechte des Staates, in dem sie sich befinden, einer besonderen Güterordnung unterliegen (Fideikomnisse, Anerbengüter und dergleichen), bestimmt sich die Rechtsnachfolge nach dem Rechte dieses Staates.

§ 4

Erbloser Nachlass.

Der Nachlass, der nach dem Heimatrechte des Erblassers mangels sonstiger Erbberechtigter kraft Gesetzes einer juristischen Person, insbesondere dem Staate, zufiele, unterliegt, soweit er sich zur Zeit des Todes des Erblassers in dem andern Staate befindet, dem Rechte dieses Staates. Der Nachlass fällt der juristischen Person zu, der er zufiele, wenn ihn ein Inländer hinterlassen hätte.

§ 5

Errichtung der Verfügungen von Todes wegen: a) Form ;

Die Form für die Errichtung einer Verfügung von Todes wegen bestimmt sich nach dem Rechte des Staates, dem der Erblasser zur Zeit der Errichtung angehört hat ; es genügt jedoch die Beobachtung der Gesetze des Ortes, wo die Verfügung errichtet wird. Das gleiche gilt für die Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen.

§ 6

b) *Fähigkeit, Willensmängel.*

(1) Die Fähigkeit zur Errichtung einer Verfügung von Todes wegen bestimmt sich nach dem Rechte des Staates, dem der Erblasser zur Zeit der Errichtung angehört hat. Dieses Recht ist auch dafür massgebend, ob die Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments oder eines Erbvertrags zulässig ist, und ob bestimmte Personen Verfügungen von Todes wegen nur in besonderer Form treffen können.

(2) Die rechtliche Bedeutung von Willensmängeln (Irrtum, Betrug, Drohung) für Verfügungen von Todes wegen bestimmt sich nach dem Rechte des Staates, dem der Erblasser zur Zeit der Errichtung der Verfügung angehört hat.

§ 7

Aufhebung der Verfügungen von Todes wegen.

Die Bestimmungen über die Errichtung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 5 und 6) sind auf die Aufhebung einer solchen Verfügung sinngemäss anzuwenden. Ein Wechsel der für den Erblasser zur Zeit der Errichtung einer Verfügung von Todes wegen massgebenden Staatsangehörigkeit lässt jedoch seine Fähigkeit zur Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen unberührt.

DRITTER ABSCHNITT.

ZUSTÄNDIGKEIT DER BEHÖRDEN, VERFAHREN.

§ 8

Zuständigkeit der Nachlassbehörden.

(1) Die Verrichtungen, die bei der Regelung eines Nachlasses den Behörden obliegen, werden von den Behörden des Staates vorgenommen, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat (Heimatbehörden). Als Heimatbehörden gelten auch die Konsularbehörden, soweit ihnen die Verrichtungen durch das Recht ihres Staates im Rahmen dieses Vertrags übertragen werden.

(2) Im Falle des § 3 Abs. 2 sind die Behörden des Staates zuständig, nach dessen Rechte sich die Rechtsnachfolge bestimmt.

§ 9

Mitteilung von Todesfällen.

(1) Die Ortsbehörde hat der Konsularbehörde des Staates, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat, unverzüglich von dem Todesfall Kenntnis zu geben und ihr mitzuteilen, was ihr über die Erben und ihren Aufenthalt, über den Nachlass sowie über das Vorhandensein einer Verfügung von Todes wegen bekannt ist.

(2) Erhält zuerst die Konsularbehörde von dem Todesfalle Kenntnis, so hat sie die Ortsbehörde in gleicher Weise zu benachrichtigen.

§ 10

Sicherungsmaßnahmen : a) Anordnung.

(1) Die Behörden jedes der beiden Staaten haben für die Sicherung der in ihrem Gebiete befindlichen Nachlassgegenstände zu sorgen, soweit und solange ein Bedürfnis besteht ; sie können insbesondere einen Nachlasspfleger bestellen. Ein Nachlasspfleger ist zu bestellen, wenn ein Anspruch gegen den Nachlass vor Gerichten oder anderen Behörden geltend gemacht werden soll.

(2) Trifft die Ortsbehörde trotz Ersuchens der Konsularbehörde keine Sicherungsmaßnahmen, oder liegt ein dringender Fall vor, so darf die Konsularbehörde nach dem Rechte ihres Staates den Nachlass siegeln und ein Nachlassverzeichnis aufnehmen.

(3) Die Ortsbehörde und die Konsularbehörde haben, soweit es die Umstände gestatten, einander von den beabsichtigten und von den getroffenen Sicherungsmaßnahmen Mitteilung zu machen. Sie haben, falls nicht Gefahr im Verzug ist, einander Gelegenheit zu geben, bei Siegelung des Nachlasses und bei Aufnahme des Nachlassverzeichnisses sowie bei Abnahme der Siegel mitzuwirken.

§ 11

b) Aufhebung.

Die auf Grund des § 10 Abs. 1 getroffenen Massnahmen sind auf Ersuchen der Heimatbehörde aufzuheben. Die Aufhebung einer Nachlasspflegschaft kann jedoch nur dann verlangt werden, wenn für die Vertretung der Erben oder des Nachlasses in anderer Weise gesorgt ist.

§ 12

Behandlung der Verfügungen von Todes wegen.

(1) Eine von einem Angehörigen des einen Staates errichtete Verfügung von Todes wegen, die sich in dem andern Staate befindet, ist von den Ortsbehörden zu beschaffen und zu eröffnen. Der Heimatbehörde ist eine beglaubigte Abschrift der Verfügung von Todes wegen sowie der über die Eröffnung aufgenommenen Niederschrift zu übermitteln. Auf ihr Verlangen ist ihr die Urschrift der Verfügung von Todes wegen zu übersenden ; in diesem Falle ist eine beglaubigte Abschrift zurückzubehalten.

(2) Die Heimatbehörde hat eine in ihrem Besitze befindliche Verfügung von Todes wegen der Ortsbehörde auf ihr Verlangen zur Einsicht zu übersenden und eine beglaubigte Abschrift davon zu erteilen.

§ 13

*Rechte und Pflichten der Konsularbehörde :**a) Besitznahme und Verwaltung des Nachlasses ;*

(1) Die Konsularbehörde hat das Recht, den Nachlass, auch wenn er von der Ortsbehörde sichergestellt ist, in Besitz zu nehmen, soweit der Erbe hierzu befugt wäre. In diesem Falle ist eine auf Grund des § 10 Abs. 1 angeordnete Nachlasspflegschaft aufzuheben.

(2) Die Konsularbehörde kann Erklärungen eines Erbberechtigten, die sich auf den Nachlass beziehen, entgegennehmen, beglaubigen oder beurkunden sowie Auseinandersetzungen unter den Erbberechtigten, soweit sie freiwillig erscheinen, vermitteln.

(3) Hat die Konsularbehörde den Nachlass in Besitz genommen, so hat sie für seine ordnungsmässige Verwaltung zu sorgen. Sie kann insbesondere über die Nachlassgegenstände innerhalb

der Grenzen einer ordnungsmässigen Verwaltung verfügen, die zum Nachlasse gehörigen Rechte vor den Ortsbehörden geltend machen und wegen der von dem Erblasser herrührenden Verbindlichkeiten vor den Ortsbehörden in Anspruch genommen werden.

§ 14

b) *Sicherung der Nachlassgläubiger :*

(1) Die Konsularbehörde hat die Nachlassgegenstände, die sie in Besitz genommen hat, bis zum Ablaufe von drei Monaten seit dem Tode des Erblassers aufzubewahren. Sie ist jedoch jederzeit berechtigt, aus dem Nachlass im voraus die Kosten der letzten Krankheit und des Begräbnisses des Erblassers, den halbjährigen Mietzins, die Vergütung der Haushaltungsangestellten, die Gerichts-, Konsulats- und ähnlichen Kosten sowie im Notfalle die erforderlichen Kosten des Unterhaltes der Familie des Erblassers zu bestreiten.

(2) Die Konsularbehörde darf Nachlassgegenstände nicht eher in das Ausland-gelangen lassen oder dem Erben, einem Testamentsvollstrecker oder einem andern Berechtigten herausgeben, als bis die bei ihr angemeldeten Ansprüche befriedigt oder sichergestellt sind. Die Verpflichtung erlischt, wenn die Konsularbehörde nicht binnen sechs Monaten seit dem Tode des Erblassers davon Kenntnis erhält, dass der Anspruch anerkannt oder eingeklagt worden ist.

§ 15

c) *Sicherung der Abgaben von Todes wegen.*

(1) Die Konsularbehörde hat so bald wie möglich der für die Feststellung der Abgaben von Todes wegen und der sonstigen öffentlichen Abgaben zuständigen Ortsbehörde den Namen des Erben oder Vermächtnisnehmers, der sein Recht nachgewiesen hat, sowie die Grösse des Erbteils oder den Gegenstand des Vermächtnisses und die sonstigen für die Berechnung der Abgaben von Todes wegen in Betracht kommenden Umstände mitzuteilen.

(2) Die Konsularbehörde darf trotz Ablaufs der im § 14 Abs. 2 bezeichneten Frist Nachlassgegenstände nicht eher in das Ausland gelangen lassen oder dem Erben, einem Testamentsvollstrecker oder einem andern Berechtigten herausgeben, als bis die Abgaben von Todes wegen gezahlt oder sichergestellt sind, die in dem Staate zu entrichten sind, in dem sich der Nachlass befindet. Sie hat sich vor der Herausgabe mit der Ortsbehörde darüber ins Einvernehmen zu setzen, ob die Abgaben von Todes wegen gezahlt sind, oder welcher Teil des Nachlasses zu ihrer Sicherstellung zurückzubehalten ist.

§ 16

Zwangsvollstreckung in Nachlassgegenstände.

Die Zwangsvollstreckung in die Nachlassgegenstände bleibt zulässig, auch wenn sie sich im Besitze der Konsularbehörde befinden ; jedoch ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges ausgeschlossen. Die Konsularbehörde hat auf Ersuchen der Ortsbehörde die Nachlassgegenstände zum Zwecke der Zwangsvollstreckung herauszugeben.

§ 17

Herausgabe des Nachlasses durch die Ortsbehörde.

Wenn die Konsularbehörde die Nachlassgegenstände nicht in Besitz genommen hat, so hat die Ortsbehörde den Nachlass nach Ablauf von drei Monaten seit dem Tode des Erblassers dem Erben oder einem Testamentsvollstrecker oder, wenn sich bis dahin weder ein Erbe noch ein Testamentsvollstrecker ausgewiesen hat, der Heimatbehörde herauszugeben. Die Ortsbehörde kann

über diese Frist hinaus Nachlassgegenstände, die sie im Besitze hat, zur Sicherstellung der Abgaben von Todeswegen sowie der Ansprüche von Nachlassgläubigern unter denselben Voraussetzungen zurückbehalten, unter denen die Konsularbehörde nach den §§ 14 und 15 dazu verpflichtet.

§ 18

Erbrechtliche Zeugnisse.

(1) Ein Zeugnis über erbrechtliche Verhältnisse, insbesondere über das Recht des Erben oder eines Testamentsvollstreckers, das von den Behörden des Heimatstaates ausgestellt ist, genügt auch in dem andern Staate zum Nachweise dieser Verhältnisse.

(2) Auf Grund eines solchen Zeugnisses kann der Berechtigte auch in dem andern Staate die Einverleibung oder sonstige Eintragung eines Rechtes in die öffentlichen Bücher und Register von den Behörden verlangen, welche die Bücher oder Register führen. Die Einverleibung oder die Eintragung darf nicht deshalb verweigert werden, weil die Liegenschaft oder das Recht in dem Zeugnisse nicht ausdrücklich angeführt ist.

§ 19

Klagen aus erbrechtlichen Verhältnissen.

Für Klagen, welche die Feststellung des Erbrechts, Ansprüche eines Erben gegen einen Erbschaftsbesitzer, Ansprüche aus Vermächtnissen oder sonstigen Verfügungen von Todes wegen, Pflichtteilsansprüche oder die Teilung der Erbschaft zum Gegenstande haben, sind die Gerichte des Staates zuständig, nach dessen Rechte sich die Erbfolge bestimmt. Durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung der Parteien wird jedoch auch für diese Klagen ein Gericht des andern Staates zuständig; dies gilt nicht in den Fällen des § 3 Abs. 2.

§ 20

Arreste und einstweilige Verfügungen.

(1) Zur Sicherung erbrechtlicher Ansprüche (§ 19) können die Gerichte des Staates, in dem sich Nachlassgegenstände befinden, nach ihrem Rechte vorläufige Massnahmen treffen, insbesondere Arreste und einstweilige Verfügungen erlassen.

(2) Eine solche Massnahme ist auf Antrag eines Beteiligten auch dann aufzuheben:

1. wenn ein nach § 19 zuständiges Gericht rechtskräftig entschieden hat, dass die gesicherten Ansprüche nicht bestehen, und wenn die Entscheidung in dem andern Staate anzuerkennen ist;

2. wenn seit der Anordnung der Massnahme sechs Monate verstrichen sind und nicht vor der Aufhebung der Nachweis erbracht wird, dass bei einem nach § 19 zuständigen Gerichte Klage erhoben worden ist.

§ 21

Nachlasskonkurs.

(1) Auf Antrag eines Erbberechtigten oder eines Nachlassgläubigers kann von der Ortsbehörde nach ihrem Rechte der Konkurs über den Nachlass eröffnet werden. Der Konkurs umfasst nur den Teil des Nachlasses, der sich in dem Staate befindet, dessen Behörde den Konkurs eröffnet hat.

(2) Ist der Konkurs eröffnet worden, so hat die Konsularbehörde alle Nachlassgegenstände, die zur Konkursmasse gehören, der Ortsbehörde oder dem Konkursverwalter herauszugeben.

§ 22

Nachlässe von Schiffsteuten und Reisenden.

(1) Stirbt in dem einen Staate ein Angehöriger des andern Staates, der zur Besatzung eines Schiffes eines der beiden Staaten gehört hat, so sollen seine Habseligkeiten und der ihm zukommende Lohn (Heuer) der Konsularbehörde zur Verfügung gestellt werden.

(2) Stirbt ein Angehöriger des einen Staates auf der Reise in dem andern Staate, ohne dort seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt zu haben, so sollen die von ihm mitgeführten Sachen ohne weiteres der Konsularbehörde zur Verfügung gestellt werden.

(3) Die Konsularbehörde, der die in den Abs. 1 und 2 bezeichneten Sachen zur Verfügung gestellt worden sind, wird damit nach den Vorschriften ihres Staates verfahren, nachdem sie die von dem Verstorbenen während seines Aufenthaltes in dem Lande gemachten Schulden geregelt hat.

VIERTER ABSCHNITT.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN.

§ 23

Begriff der Erbberechtigten.

Erbberechtigte im Sinne dieses Abkommens sind die Erben, die Vermächtnisnehmer und die Pflichtteilsberechtigten.

§ 24

Immunität der Konsularbeamten.

Ein Beamter der Konsularbehörde darf in dem Staate, in dem er seinen Amtssitz hat, nicht verklagt werden, soweit es sich um seine Tätigkeit auf Grund dieses Abkommens handelt.

§ 25

Verkehr der Behörden.

Die Bestimmungen des Vertrags über Rechtsschutz und Rechtshilfe sind auf den gegenseitigen Verkehr der Ortsbehörden und der Heimatbehörden (§ 8) auch dann anzuwenden, wenn die ersuchende oder die ersuchte Behörde keine gerichtliche Behörde ist.

§ 26

*Abgaben von Todes wegen :*a) *Innerstaatliche Vorschriften.*

Die in beiden Staaten bestehenden Vorschriften über die Abgaben von Todes wegen, insbesondere die Vorschriften über die Verpflichtungen der Erbberechtigten und anderer Personen, bleiben unberührt.

§ 27

b) *Begriffsbestimmung.*

Unter Abgaben von Todes wegen sind die Abgaben zu verstehen, die im Artikel V des Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Abgaben von Todes wegen vom 28. Mai 1922 bezeichnet sind.

§ 28

Uebergangsbestimmungen.

Das Abkommen ist anzuwenden, wenn der Erblasser nach dem Inkrafttreten des Abkommens stirbt.

§ 29

Zusatzvereinbarungen.

Die Regierungen der beiden Staaten können Vereinbarungen zur Durchführung und Ergänzung dieses Abkommens treffen, insbesondere darüber, unter welchen Voraussetzungen die Ortsbehörden auf Antrag berechtigt sind, den Nachlass zu regeln.

§ 30

Inkrafttreten und Kündigung.

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Es kann von jedem der beiden Staaten gekündigt werden, bleibt jedoch nach der Kündigung noch ein Jahr in Geltung.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das Abkommen in doppelter Urschrift unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in Wien, am 5. Februar 1927.

Hugo Graf LERCHENFELD.
Dr. Carl GOES.
Dr. Wilhelm KIESOW.
Dr. Ignaz SEIPEL.
Dr. Markus LEITMAIER.
Dr. Edmund KRAUTMANN.

¹ TRADUCTION.

N^o 1714. — CONVENTION ENTRE LE REICH ALLEMAND ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE CONCERNANT LES QUESTIONS DE SUCCESSION. SIGNÉE A VIENNE, LE 5 FÉVRIER 1927.

LE REICH ALLEMAND et LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, en vue d'améliorer les rapports d'ordre juridique entre leurs ressortissants et de prévenir les difficultés pouvant résulter de la dissemblance des lois des deux Etats, sont convenus de régler, par des dispositions communes, les questions de succession intéressant leurs ressortissants respectifs.

A cet effet, ils ont désigné pour leurs plénipotentiaires :

LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND :

Le comte Hugo LERCHENFELD-KÖFERING, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire ;

Le D^r Carl GOES, conseiller référendaire de légation au Ministère des Affaires étrangères ; et

Le D^r Wilhelm KIESOW, conseiller intime de gouvernement, conseiller au Ministère de la Justice du Reich ;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'AUTRICHE :

Le D^r Ignaz SEIPEL, chancelier fédéral ;

Le D^r Markus LEITMAYER, conseiller ministériel à la Chancellerie fédérale ; et

Le D^r Edmund KRAUTMANN, conseiller ministériel à la Chancellerie fédérale ;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

¹ TRANSLATION.

No. 1714. — CONVENTION BETWEEN THE GERMAN REICH AND THE AUSTRIAN REPUBLIC REGARDING QUESTIONS OF SUCCESSION. SIGNED AT VIENNA, FEBRUARY 5, 1927.

THE GERMAN REICH and the REPUBLIC OF AUSTRIA, being desirous of promoting legal relations between their nationals and of obviating the difficulties which may arise out of differences between the laws of the two countries, have agreed upon joint provisions for the settlement of questions of succession affecting their nationals.

For this purpose they have appointed as their Plenipotentiaries :

THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH :

Count Hugo LERCHENFELD-KÖFERING, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary ;

Dr. Carl GOES, Counsellor of Legation at the Foreign Office ; and

Dr. Wilhelm KIESOW, Ministerial Counsellor of the Reich, Minister of Justice, and Privy Government Counsellor ;

THE PRESIDENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA :

Dr. Ignaz SEIPEL, Federal Chancellor ;

Dr. Markus LEITMAYER, Ministerial Counsellor at the Federal Chancellor's Office ; and

Dr. Edmund KRAUTMANN, Ministerial Counsellor at the Federal Chancellor's Office ;

Who, having communicated their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions :

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

CHAPITRE I

DISPOSITIONS GÉNÉRALES.

Paragraphe 1.

Egalité de traitement des ressortissants des deux Etats.

1. Les ressortissants de chacun des deux Etats seront, en ce qui concerne l'acquisition de biens par voie de succession, traités dans l'autre Etat comme les nationaux sous le rapport du droit privé et du droit public ; cette règle s'applique particulièrement aussi aux droits de succession. Les ressortissants de l'un des Etats qui, dans l'autre Etat, prétendent droit à une succession devront être capables d'hériter en vertu des lois du pays du défunt et de celles de leur propre pays.

2. La présente convention ne déroge pas aux règles en vigueur dans l'un des deux Etats, selon lesquelles les personnes juridiques doivent, pour pouvoir acquérir des biens par voie de succession, être munies d'une autorisation de l'Etat.

Paragraphe 2.

Compétence de l'autorité consulaire en matière de représentation.

Dans toutes les affaires de succession en cours de règlement sur le territoire de l'un des deux Etats, l'autorité consulaire est légalement compétente pour représenter, vis-à-vis des autorités locales, les ressortissants de son pays, lorsque ceux-ci sont absents et n'ont pas désigné d'autre mandataire.

CHAPITRE II

ORDRE DE SUCCESSION ET DISPOSITIONS TESTAMENTAIRES.

Paragraphe 3.

Attribution de l'hérédité en vertu du droit du pays du défunt.

1. La succession des ressortissants de l'un des Etats, en ce qui concerne les biens mobiliers et

SECTION ONE.

GENERAL PROVISIONS.

Paragraphe 1.

Equality of treatment for nationals of both countries.

(1) The nationals of the one country shall receive in the other country the same treatment under private and public law with regard to the acquisition of property *mortis causa* as nationals of the latter country. This applies in particular to succession-duties. Nationals of the one country who claim statutory rights of inheritance in the other, must possess capacity to inherit, according to both the law of the country of the deceased and the law of their own country.

(2) The rules in force in either of the two countries, which provide that juridical persons must have the authorisation of the State to acquire property *mortis causa*, shall remain unaffected by the present Convention.

Paragraphe 2.

Powers of representation vested in the consular authorities.

In all questions of succession which are dealt with in the territory of one of the two countries, the consular authorities shall be empowered by law to represent their nationals before the local authorities, if the said nationals are absent and have appointed no other agent with full powers.

SECTION TWO.

ORDER OF SUCCESSION AND DISPOSITIONS MORTIS CAUSA.

Paragraphe 3.

Statutory rights of inheritance to be governed by lex loci.

(1) The nationals of the one country shall be governed, as regards their statutory rights

immobiliers situés dans l'autre Etat, sera régie par le droit de l'Etat dont le *de cuius* était ressortissant au moment de sa mort ; il en sera de même de la responsabilité de l'héritier quant aux obligations afférentes à la succession.

2. En ce qui concerne les objets qui, selon le droit de l'Etat où ils se trouvent, sont soumis à un régime des biens particulier (fidéi-commis, biens intégralement transmissibles, etc.) l'ordre de succession sera régi par le droit dudit Etat.

Paragraphe 4.

Successions en déshérence.

Toute succession qui, selon le droit du pays du défunt et à défaut d'autres successibles légaux échoit à une personne juridique, notamment à l'Etat, et qui lors du décès du *de cuius* se trouve dans l'autre Etat, sera régie par le droit de cet Etat. La succession échoit à la personne juridique à laquelle elle écherrait si elle provenait d'un ressortissant du pays même.

Paragraphe 5.

Dispositions testamentaires.

a) *Forme :*

La forme dans laquelle doit être dressé un testament est déterminée par le droit de l'Etat dont le défunt était ressortissant au moment où a été établi le testament ; il suffira, toutefois, que soient observées les lois du lieu où est dressé le testament. Il en sera de même en ce qui concerne la révocation d'un testament.

Paragraphe 6.

b) *Capacité, vices de consentement.*

1. La capacité de tester est régie par le droit de l'Etat dont le défunt était ressortissant au moment où le testament a été établi. C'est également en vertu de ce droit qu'il sera déterminé si l'établissement d'un testament commun ou d'un contrat d'hérédité est permis, ou si certaines personnes ne peuvent tester que sous une forme particulière.

of inheritance in respect of movable and immovable property situated in the other country, by the law of the country to which the deceased belonged at the time of his death ; this also applies to the devolution of the liabilities of the estate upon the heirs.

(2) In the case of real property, which, under the law of the country in which it is situated, is subject to a special régime (trusts, entails, and the like), the order of succession shall be determined by the law of the said country.

Paragraph 4.

Successions in the absence of heirs.

An estate which would, according to the law of the country of the deceased, legally pass in the absence of any other statutory heir, to a juridical person, more particularly the State, shall, in so far as it may be situated in the other country at the time of the deceased's death, be governed by the law of the said country. The estate shall pass to the juridical person to whom it would descend if the deceased had been a national of that country.

Paragraph 5.

Dispositions mortis causa.

(a) *Form.*

The form in which dispositions *mortis causa* should be made shall be governed by the law of the country to which the deceased belonged at the time of making such disposition. The observance of the local laws at the place at which the said disposition was made, shall suffice. This applies also to the revocation of a disposition *mortis causa*.

Paragraph 6.

(b) *Capacity : Absence of intention.*

(1) Capacity to make a disposition *mortis causa* shall be determined by the law of the country to which the deceased belonged at the time of making such disposition. The said law shall also decide whether a joint will or contract of inheritance is allowable, and whether certain persons can only make dispositions *mortis causa* in a special form.

2. La portée juridique des vices de consentement (erreur, fraude, menace) en matière testamentaire est régie par le droit de l'Etat dont le défunt était ressortissant au moment où a été dressé le testament.

Paragraphe 7.

Révocation des testaments.

Les règles concernant l'établissement de testaments (paragraphe 5 et 6) s'appliquent aussi, par analogie, à leur révocation. Toutefois, si la nationalité que possédait le testateur au moment où il a dressé un testament se trouve modifiée par la suite, sa capacité de révoquer le testament n'en sera pas affectée.

CHAPITRE III

COMPÉTENCE DES AUTORITÉS, PROCÉDURE.

Paragraphe 8.

Compétence des autorités en matière de succession.

1. Les fonctions qui, à l'occasion du règlement d'une succession, incombent aux autorités seront assumées par les autorités de l'Etat dont le défunt était ressortissant au moment de sa mort (*Heimatbehörden*). Les autorités consulaires seront également réputées autorités du pays (*Heimatbehörde*) si le droit de leur Etat leur confère lesdites fonctions dans le cadre de la présente convention.

2. Dans le cas visé au paragraphe 3, alinéa 2, les autorités compétentes seront celles de l'Etat par le droit duquel est régi l'ordre de succession.

Paragraphe 9.

Notification des décès.

1. En cas de décès, l'autorité locale avisera sans retard l'autorité consulaire de l'Etat dont le défunt était ressortissant au moment de sa

(2) The legal meaning of absence of intention (*Willensmängel*) (mistake, fraud, intimidation), in dispositions *mortis causa* shall be construed according to the law of the country to which the deceased belonged at the time of making such disposition.

Paragraph 7.

Revocation of dispositions mortis causa.

The provisions governing the making of dispositions *mortis causa* (Paragraphs 5 and 6), shall apply *mutatis mutandis* to the revocation of such dispositions. If the nationality of the deceased, which determined the law applicable at the time of the making of the disposition *mortis causa*, shall have changed in the meanwhile, his capacity to revoke a disposition *mortis causa* shall nevertheless remain unaffected.

SECTION THREE.

COMPETENCE OF THE AUTHORITIES, PROCEDURE.

Paragraph 8.

Competence of the authorities dealing with succession.

(1) The duties devolving upon the authorities in the settlement of successions shall be undertaken by authorities of the country to which the deceased belonged at the time of his death (home authorities). The consular authorities shall also be deemed to be home authorities in so far as the duties to be performed under the terms of the present Treaty devolve upon them under the law of their country.

(2) In the case referred to in paragraph 3, subparagraph 2, the competent authorities shall be those of the country whose law determines the order of succession.

Paragraph 9.

Notification of death.

(1) The local authorities must give the consular authorities of the country to which the deceased belonged at the time of his death

mort et lui communiquera les renseignements qu'elle possède sur les héritiers et leur lieu de séjour, sur la succession ainsi que sur l'existence d'un testament.

2. Si c'est l'autorité consulaire qui, la première, est informée du décès, elle en avisera l'autorité locale de la même manière.

Paragraphe 10.

Mesures conservatoires.

a) Institution.

1. Les autorités de chacun des deux Etats assureront la conservation des biens de la succession se trouvant dans leur pays, s'il est nécessaire et aussi longtemps qu'il sera nécessaire ; elles pourront notamment désigner un curateur à la succession. Il y aura lieu de désigner un curateur si la succession doit faire l'objet d'une action par devant les tribunaux ou d'autres autorités.

2. Si, malgré la requête de l'autorité consulaire, l'autorité locale ne prend aucune mesure conservatoire, ou s'il y a urgence, l'autorité consulaire pourra, en se conformant au droit de son Etat, apposer les scellés sur les biens de la succession et en dresser l'inventaire.

3. L'autorité locale et l'autorité consulaire, si les circonstances le permettent, devront se notifier réciproquement les mesures conservatoires envisagées et celles qui ont été prises. S'il n'y a pas péril en la demeure, elle devront mutuellement se fournir la possibilité de coopérer à l'apposition des scellés et à l'établissement de l'inventaire de la succession, ainsi qu'à la levée des scellés.

Paragraphe 11.

b) Abrogation.

Les mesures prises en vertu du paragraphe 10, premier alinéa devront être rapportées si les autorités du pays du défunt le requièrent. L'abrogation d'une curatelle à la succession ne pourra toutefois être exigée que lorsque d'autres mesures auront été prises pour que les héritiers ou la succession soient représentés.

immediate notice of the death, and supply them with all available particulars as to the heirs, and their place of residence, the estate, and the existence of a disposition *mortis causa*.

(2) If the consular authorities are the first to receive information of the death they shall, in a like manner, inform the local authorities.

Paragraph 10.

Precautionary measures for the preservation of the estate :

(a) Institution of such measures.

(1) The authorities of each of the two countries shall take steps for the preservation of such property belonging to the estate as is situated within their territory, so far, and for so long as, such measures are required ; they may, in particular, appoint a curator for the estate. The curator of the estate shall be appointed if claims against the estate are to be lodged in Court or with other authorities.

(2) If in spite of the request of the consular authorities the local authorities take no precautionary measures, or if the case is urgent, then the consular authorities shall be entitled to place the estate under seal and to take an inventory in accordance with the law of their own country.

The local authorities and the consular authorities shall, so far as circumstances permit, notify each other of the precautionary measures contemplated and instituted. Unless delay would be dangerous, they shall give each other the opportunity of participating in the affixing of the seals, the taking of the inventory of the estate and the removal of the seals.

Paragraph 11.

(b) Revocation of the measures.

The measures taken under paragraph 10, subparagraph (1) shall be revoked at the request of the home authorities. The termination of the curatorship of the estate may, however, not be demanded unless the representation of the heirs or of the estate has been otherwise provided for.

*Paragraphe 12.**Procédure applicable aux testaments.*

1. Tout testament dressé par un ressortissant de l'un des Etats et se trouvant dans l'autre Etat sera recueilli et ouvert par les autorités locales. Une copie certifiée conforme du testament ainsi que le procès-verbal en constatant l'ouverture seront communiqués à l'autorité du pays du défunt. Si celle-ci en fait la demande, l'original du testament lui sera transmis ; en ce cas, l'autorité locale en gardera une copie certifiée conforme.

2. Si l'autorité locale en fait la demande, l'autorité du pays du défunt lui communiquera, pour examen, tout testament se trouvant entre ses mains et lui en délivrera une copie certifiée conforme.

*Paragraphe 13.**Droits et obligations de l'autorité consulaire :**a) Prise de possession et administration de la succession.*

1. L'autorité consulaire pourra, dans les cas où l'héritier serait lui-même en droit de le faire, prendre possession de la succession même si l'autorité locale a soumis celle-ci à des mesures conservatoires. En ce cas, toute curatelle à la succession, instituée en vertu du paragraphe 10, premier alinéa, sera abrogée.

2. L'autorité consulaire pourra recevoir, légaliser ou authentifier les déclarations d'une personne successible se rapportant à la succession et servir de médiateur dans les contestations entre successibles lorsque ceux-ci comparaissent de leur plein gré.

3. Lorsque l'autorité consulaire aura pris possession d'une succession, elle sera tenue de pourvoir à son administration régulière. Elle pourra notamment disposer des biens de la succession dans les limites d'une administration régulière, faire valoir vis-à-vis des autorités locales les droits afférents à la succession et être actionné par devant les autorités locales à raison des obligations contractées par le défunt.

*Paragraph 12.**Procedure to be followed in dealing with disposition mortis causa.*

(1) A disposition *mortis causa* made by a national of the one country and deposited in the territory of the other country shall be secured and opened by the local authorities. A certified true copy of the disposition *mortis causa* and the written record of the proceedings at the opening thereof shall be transmitted to the home authorities. At the request of the latter, the original of the disposition *mortis causa* shall be forwarded to them ; in this case a certified true copy shall be retained.

(2) The home authorities shall, on request, send a disposition *mortis causa* in its possession to the local authorities for examination, and shall supply them with a certified true copy thereof.

*Paragraph 13.**Rights and duties of the consular authorities :**(a) Taking possession of the estate, and its administration.*

(1) The consular authorities shall be entitled to take possession of the estate, even though precautionary measures for its preservation may have been taken by the local authorities, provided the heir would be entitled to do so. In such a case any curatorship of the estate which may have been instituted under paragraph 10, subparagraph 1, shall be terminated.

(2) The consular authorities may take, certify, or authenticate the declarations of a statutory heir which relate to the estate and may also act as intermediary in discussions among the statutory heirs, if they attend of their own free will.

(3) If the consular authorities have taken possession of the estate, they must provide for its proper administration. In particular, they shall have such control over the property of the estate as is consistent with the requirements of good administration ; they may enforce the rights attaching to the estate before the local authorities and may be proceeded against by the local authorities in respect of liabilities contracted by the deceased.

*Paragraphe 14.**b) Mise à couvert des créanciers de la succession.*

1. L'autorité consulaire gardera en dépôt pendant trois mois, à partir de la mort du défunt, les biens de la succession dont elle aura pris possession. Toutefois, elle pourra en tout temps payer par anticipation sur le montant de la succession, les frais de la dernière maladie et d'enterrement du défunt, le loyer semestriel, le salaire des domestiques, les frais judiciaires, taxes consulaires et autres dépenses analogues et, en cas de besoin, les sommes nécessaires à l'entretien de la famille du défunt.

2. L'autorité consulaire ne devra ni permettre le transfert à l'étranger de biens de la succession, ni opérer remise de ces biens à l'héritier, à un exécuteur testamentaire ou à tout autre ayant-droit, avant qu'il ait été pourvu au règlement ou au cautionnement des créances qui lui auront été notifiées. Cette obligation expirera si, dans le délai de six mois à partir de la mort du défunt, l'autorité consulaire n'a pas été avisée que la créance a été reconnue ou a fait l'objet d'une action en justice.

*Paragraphe 15.**c) Cautionnement des droits de succession.*

1. L'autorité consulaire fera connaître aussitôt que possible à l'autorité locale ayant compétence pour déterminer le montant des droits de succession et autres taxes publiques, le nom de l'héritier ou du légataire qui aura justifié de ses droits, ainsi que l'importance de la part de succession ou l'objet du legs, et lui communiquera tous autres renseignements utiles pour le calcul des droits de succession.

2. Même après l'expiration du délai spécifié au paragraphe 14, alinéa 2, l'autorité consulaire ne pourra ni permettre le transfert à l'étranger de biens de la succession, ni opérer remise de ces biens à l'héritier, à un exécuteur testamentaire ou à un autre ayant-droit, avant qu'aient été payés ou cautionnés les droits de succession dus dans le pays où se trouve la succession. Avant de procéder à la remise, elle se concertera avec l'autorité locale en vue d'établir si les droits de succession ont été payés ou quelle portion de la

*Paragraph 14.**(b) Provision and security for creditors of the estate.*

(1) The consular authorities shall keep the property of the estate of which it has taken possession until three months have elapsed after the death of the deceased. They shall be entitled at all times to make advance payments out of the estate to cover the cost of the deceased's last illness and funeral, the half-yearly rent, the wages of domestic servants, the judicial, consular and other similar fees, and if necessary, the maintenance of the deceased's family.

(2) The consular authorities must not allow property belonging to the estate to be conveyed abroad, or to be delivered to the heir, executor, or other person entitled to it, until a settlement has been effected, or security provided, in respect of the claims lodged with the said authorities. The liabilities shall lapse unless the consular authorities receive information within six months of the death of the deceased that the claim has been recognised or that legal proceedings have been taken in regard thereto.

*Paragraph 15.**(c) Security in respect of death duties.*

(1) The consular authorities shall, as soon as possible, inform the authorities responsible for the assessment of death duties and of public taxes of the name of the heir or legatee who has established his right, as well as of the extent of the inherited portion of the estate or of the object of the legacy, and of all other particulars required for the assessment of death duties.

(2) Notwithstanding the expiry of the period specified in paragraph 14, subparagraph 2, the consular authorities shall not allow objects belonging to the succession to be conveyed abroad and shall not deliver them to the heir, an executor or other person entitled until payment has been made or security given in respect of the death duties payable to the country in which the estate is situated. Before surrendering such objects they shall consult the local authorities with a view to ascertaining

succession il convient de retenir en vue de cautionner lesdits droits.

whether the death duties have been paid or what portion of the estate should be set aside as security therefor.

Paragraphe 16.

Exécution forcée sur les biens de la succession.

L'exécution forcée sur les biens de la succession pourra avoir lieu même si ces biens se trouvent entre les mains de l'autorité consulaire ; toutefois, il ne pourra être fait usage, à cet effet, de la contrainte directe. L'autorité consulaire sera tenue, à la requête de l'autorité locale, de se dessaisir des biens de la succession aux fins de l'exécution forcée.

Paragraph 16.

Compulsory execution against property belonging to the estate.

Compulsory execution against property belonging to the estate shall be permissible even though it is in the possession of the consular authorities ; measures of constraint shall, however, not be allowable. The consular authorities shall be required to surrender the property belonging to the estate for purposes of compulsory execution at the request of the local authorities.

Paragraphe 17.

Remise de la succession par l'autorité locale.

Si l'autorité consulaire n'a pas pris possession des biens de la succession, l'autorité locale, à l'expiration d'un délai de trois mois à partir de la mort du *de cuius*, délivrera la succession à l'héritier, à l'exécuteur testamentaire ou, s'il ne s'est présenté ni héritier ni exécuteur testamentaire attitrés, à l'autorité du pays du défunt. L'autorité locale pourra, en vue de garantir le paiement des droits de succession, et le règlement des comptes présentés par les créanciers de la succession, conserver au delà de ce délai les biens de la succession détenus par elle, dans les cas identiques à ceux où l'autorité consulaire est tenue de le faire, en vertu des paragraphes 14 et 15.

Paragraph 17.

Handing over of estate by the local authorities.

If the consular authorities have not taken possession of the property belonging to the estate, the local authorities shall be required, at the expiry of the period of three months reckoned from the date of the death of the deceased to hand over the estate to the heir or to an executor ; or, if no heir or executor has established his status by that time, to the home authorities. The local authorities shall be entitled, after the expiry of the aforesaid period and in the circumstances in which the consular authorities are compelled to take such action in accordance with paragraphs 14 and 15, to retain property belonging to the estate, which is in its possession as security for death duties and for the claims of creditors of the estate.

Paragraphe 18.

Certificats ayant trait à des droits de succession.

1. Un certificat, attestant un rapport juridique successoral et, notamment, le droit d'un héritier ou d'un exécuteur testamentaire, délivré par les autorités du pays dont le défunt était ressortissant suffira, même dans l'autre pays, pour établir le rapport juridique en question.

2. L'ayant-droit pourra, en se fondant sur un certificat de cette nature, demander aux autori-

Paragraph 18.

Certificates of inheritance.

(1) A certificate as to the holder's status under the law of succession, and especially as to the rights of the heir or of an executor, which has been issued by the authorities of the home country, shall suffice, in the other country, to establish such status.

(2) On the strength of such a certificate, the person entitled can also claim that his

tés chargées de la tenue des livres et registres publics, même dans l'autre pays, l'intabulation, ou l'inscription, sous une autre forme, d'un droit dans lesdits livres et registres. L'intabulation ou l'inscription ne pourra être refusée pour le motif que l'immeuble ou le droit en question n'est pas expressément spécifié dans le certificat.

Paragraphe 19.

Actions ayant trait à des rapports juridiques successoraux.

Les tribunaux de l'Etat par le droit duquel est régie l'ordre de succession seront seuls compétents pour connaître des actions ayant pour objet la reconnaissance du droit d'hérédité, les réclamations d'un héritier contre un possesseur d'hérédité, les réclamations relatives à un legs ou à d'autres dispositions testamentaires, des droits à la réserve ou le partage de la succession. Toutefois, en vertu d'un accord exprès ou tacite des parties, un tribunal de l'autre Etat pourra également connaître des actions de cette nature ; la présente disposition n'est pas applicable aux cas prévus au paragraphe 3, alinéa 2.

Paragraphe 20.

Saisies-arrêts et mesures provisoires.

1. En vue de garantir la satisfaction des revendications d'ordre successoral visées au paragraphe 19, les tribunaux de l'Etat dans lequel se trouvent les biens de la succession pourront, en se conformant à la législation de leur pays, prendre des mesures conservatoires et, notamment, ordonner des saisies-arrêts et rendre des décisions provisoires (*einstweilige Verfügungen*).

2. Lesdites mesures seront rapportées, à la requête de l'un des intéressés, notamment :

1° Si un tribunal compétent en vertu du paragraphe 19, a décidé, par un arrêt ayant acquis force de chose jugée, que les réclamations ainsi garanties ne sont pas fondées, et si l'arrêt doit être reconnu dans l'autre Etat.

2° Si un délai de six mois s'est écoulé depuis l'institution desdites mesures et s'il n'a pas été prouvé, avant leur abrogation, qu'une action en justice a été introduite auprès de l'un des tribunaux compétents en vertu du paragraphe 19.

right shall be entered or otherwise recorded in the public books and registers of the authorities keeping such books and registers in the other country. Such entry or record may not be refused on the ground that the real estate or right has not been specified in the certificate.

Paragraphe 19.

Actions with reference to status under the law of succession.

In actions concerned with the establishment of rights of inheritance, the claim of an heir against the holder of inherited property, claims arising out of legacies or other dispositions *mortis causa*, claims to legitimate portions, or for the partition of the estate, the competent courts shall be those of the country whose law determines the order of succession. By express or tacit agreement among the parties, the court of another country may nevertheless become competent ; this does not apply to the cases referred to in paragraph 3, subparagraph 2.

Paragraphe 20.

Attachments and provisional decrees.

(1) In order to secure claims under the law of inheritance (paragraph 19) the courts of the country in which the property belonging to the estate is situated may take such provisional measures as are provided for in their law, and may in particular order attachments and issue provisional decrees (*einstweilige Verfügungen*).

(2) Such measures shall be revoked at the request of one of the parties :

1. Even if a court which is competent under paragraph 19 has given a ruling, having force of law, that the claims to be secured do not exist, and such ruling has to be recognised in the other country ;

2. If six months have elapsed since the institution of the said measures and if, before their revocation, no evidence is produced to show that proceedings have been taken in a court which is competent under paragraph 19.

*Paragraphe 21.**Faillite déclarée de la succession.*

1. Sur la requête d'une personne successible ou d'un créancier de la succession, l'autorité locale pourra, en se conformant aux lois de son pays, déclarer la faillite sur le succession. La faillite n'englobera que la fraction des biens successoraux située dans l'Etat dont relève l'autorité qui a déclaré la faillite.

2. En cas de déclaration de faillite l'autorité consulaire sera tenue de remettre à l'autorité locale ou au syndic de la faillite tous les biens successoraux faisant partie de la masse de la faillite.

*Paragraphe 22.**Successions de marins et de voyageurs.*

1. En cas de décès, dans l'un des Etats, d'un ressortissant de l'autre Etat ayant appartenu à l'équipage d'un navire de l'un des deux Etats, ses hardes et le montant du salaire (paye) qui lui restait dû, seront mis à la disposition de l'autorité consulaire.

2. Si un ressortissant de l'un des Etats meurt en cours de voyage sur le territoire de l'autre Etat, sans y avoir eu son domicile ou sa résidence habituelle, les objets qu'il avait avec lui seront mis à la disposition de l'autorité consulaire, sans autre formalité.

3. L'autorité consulaire à la disposition de laquelle auront été mis les objets mentionnés aux alinéas 1 et 2, se comportera à leur égard conformément aux lois de son pays, après avoir réglé les dettes contractées par le défunt pendant son séjour dans le pays.

CHAPITRE IV

DISPOSITIONS FINALES.

*Paragraphe 23.**Définition du terme « successibles ».*

Au sens de la présente convention, les successibles sont les héritiers, les légataires et les réservataires.

*Paragraphe 21.**Bankruptcy of estate.*

(1) On the application of a statutory heir or of a creditor of the estate, bankruptcy proceedings against the estate can be opened by the local authorities in accordance with their law. The bankruptcy shall only affect such part of the estate as is situated in the country whose authority has instituted proceedings in bankruptcy.

(2) If proceedings in bankruptcy have been instituted, the consular authorities shall be required to surrender to the local authorities or to the official receiver all objects which belong to the bankrupt estate.

*Paragraphe 22.**Estate of sailors and travellers.*

(1) If a national of the one country who belonged to the ship's company of a vessel of either of the two countries dies in the other country, his goods and chattels and the wages (pay) due to him shall be handed over to the consular authorities.

(2) If a national of one of the countries dies whilst travelling in the other country, and was not domiciled or normally resident in the latter country, the articles in his possession shall be handed over forthwith to the consular authorities.

(3) The consular authorities to whom the articles mentioned in paragraphs 1 and 2 have been handed over, will deal with them in accordance with the regulations of their country, after having first settled the debts contracted by the deceased during his stay in the country.

SECTION FOUR.

FINAL PROVISIONS.

*Paragraphe 23.**Definition of the term " statutory heir ".*

Statutory heirs within the meaning of this Convention shall be the heirs, the legatees and the person entitled to legitimate portions.

*Paragraphe 24.**Immunité des fonctionnaires consulaires.*

Tout fonctionnaire consulaire ne pourra être assigné dans le pays de sa résidence à raison d'actes se rapportant aux attributions qu'il exerce en vertu de la présente convention.

*Paragraphe 25.**Rapports entre les autorités.*

Les dispositions du traité concernant la protection légale et la coopération judiciaire seront applicables aux rapports entre les autorités locales et celles du pays du défunt (paragraphe 8) même lorsque l'autorité requérante ou l'autorité requise n'est pas une autorité judiciaire.

*Paragraphe 26.**Droits de succession :**a) Dispositions intérieures.*

La présente convention ne dérogera pas aux dispositions légales en vigueur dans les deux Etats en matière de droits de succession, et notamment à celles qui ont trait aux obligations des successibles et autres personnes.

*Paragraphe 27.**b) Définition.*

Par « droits de succession », il convient d'entendre les droits spécifiés à l'article V du Traité du 28 mai 1922 destiné à éviter la double imposition en matière de droits de succession.

*Paragraphe 28.**Dispositions transitaires.*

La présente convention sera applicable au cas de toute personne décédée après l'entrée en vigueur de la convention.

*Paragraph 24.**Immunity of consular officials.*

A consular official may not be proceeded against in the country in which he has his official residence for any action taken under the terms of this Convention.

*Paragraph 25.**Relations between the authorities.*

The provisions of the Treaty on legal protection and legal cooperation shall apply in relations between the local authorities and the home authorities (paragraph 8) even if the authority making or receiving an application is not a judicial authority.

*Paragraph 26.**Death duties :**(a) Internal regulations.*

The regulations governing death duties, in force in both countries, more particularly the provisions governing the liabilities of statutory heirs and other persons shall remain unaffected.

*Paragraph 27.**(b) Definition.*

By death duties is meant the duties referred to in Article V of the Treaty for the prevention of double taxation in the matter of death duties, concluded on May 28th, 1922.

*Paragraph 28.**Transitional provisions.*

This Convention shall apply if the deceased dies after the date of its coming into force.

*Paragraphe 29.**Arrangements additionnels.*

Les gouvernements des deux Etats pourront convenir d'arrangements en vue d'exécuter et de compléter la présente convention, notamment en ce qui concerne les conditions dans lesquelles les autorités locales sont qualifiées pour procéder au règlement d'une succession lorsqu'elles en sont requises.

*Paragraphe 30.**Entrée en vigueur et dénonciation.*

1. La présente convention devra être ratifiée ; les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Berlin.

2. La convention entrera en vigueur deux mois après l'échange des instruments de ratification.

3. Elle pourra être dénoncée par chacun des deux Etats, mais restera encore en vigueur pendant un an à dater du jour de la dénonciation.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention en double original et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Vienne, le 5 février 1927.

Hugo Graf LERCHENFELD.
 Dr Carl GOES.
 Dr Wilhelm KIESOW.
 Dr Ignaz SEIPEL.
 Dr Markus LEITMAYER.
 Dr Edmund KRAUTMANN.

*Paragraph 29.**Additional Convention.*

The Governments of both countries may conclude agreements with a view to executing and supplementing the present Convention, especially with reference to the conditions under which the local authorities shall be entitled on request to effect a settlement in matters of succession.

*Paragraph 30.**Coming into force and denunciation.*

(1) The present Convention shall be ratified ; the instruments of ratification shall be exchanged at Berlin as soon as possible.

(2) The present Convention shall come into force two months after the exchange of the instruments of ratification.

(3) It may be denounced by either country, but shall remain in force for a period of one year following denunciation.

In faith whereof the Plenipotentiaries have signed the present Convention in two original copies and have thereto affixed their seals.

Done at Vienna, February 5, 1927.